

Paul – Werner v. der Schulenburg

Apenburg, den 03.09.2018

## Überlegungen zur Integration von Muslimen in unsere Gesellschaft

(Fortsetzung der Überlegungen von 2017)

Immer wieder wird über das Thema „**Integration** von Flüchtlingen in unsere Gesellschaft“ gesprochen. **Die Diskussion dazu verläuft ebenso vielschichtig wie die Diskussion zum globalen Klimawandel.**

Das Meinungsspektrum dabei ist recht breit! Es ist erstaunlich, wie sehr Gesinnungsethik die Diskussion unserer Öffentlichkeit beherrscht und sich ein zumeist recht lauter Teil dieser Öffentlichkeit dagegen wehrt, logisch und grundsätzlich, d.h. auch ursachen -, folgen - und lösungsorientiert und somit verantwortungsethisch an das Thema heranzugehen. (zit. nach Max Weber)

Die Fluchtursachen der meisten Flüchtlinge sind die Folgen der Herrschaftsansprüche und des Herrschaftsgebarens der durch den Islam gesteuerten und legitimierten gesellschaftlichen und politischen Systeme ihrer Herkunftsländer. Dazu gehören in logischer Folge auch Bürgerkriege, politische und religiöse Verfolgungen – kollektiv und individuell. Sie bringen den Menschen offensichtlich Unglück. Vor diesem Unglück fliehen sie. Nun sollte man annehmen, dass sie den Unglückverursacher, den Islam und seine Herrschaftsansprüche, abschütteln bzw. zu mindestens sich der Gesellschaftsordnung fügen, in die sie geflohen sind. Irrtum. Die meisten Flüchtlinge wollen in den Zielländern zunächst Schutz vor den aktuellen physischen Bedrohungen. Dafür habe ich aus eigenem Erleben des Jahre 1945 volles Verständnis. Aber es lässt sich nicht verschweigen und sollte auch nicht wegdiskutiert werden, dass die Flüchtlinge sehr bald an den für ihre Verhältnisse üppigen sozialen Leistungen der autochthonen Bevölkerung Gefallen finden und, unterstützt von einer hervorragend nüchtern arbeitenden Verwaltung, in Anspruch nehmen, um dann möglichst bald in der neuen Umgebung eine Infrastruktur aufzubauen, die ihnen eben ihr Unglück, den Islam, wieder praktizieren lässt. Und dafür gibt es in den Zielländern bereits genügend „Willkommensstrukturen“, die aktiv und von unserer Rechtsordnung geschützt, verhindern, dass sich die Neuankömmlinge den Gepflogenheiten des Ziel – zugleich Gastlandes anpassen müssen. Damit befördern sie das Hereingleiten in abgeschottete Gruppierungen unter dem Mantel der Religionsfreiheit und behindern im großen Stil die Integration. Sie ist auch aus islamischer Sicht weder gewollt noch gekonnt, denn aus der Sicht der Muslime, gestützt durch die Schriften, ist der Islam eine Bewegung, die darauf abzielt, das irdische Leben in Religion zu verwandeln. Wollen wir das 2018 noch zulassen?

Wann begreifen unsere Mundwerker – und von denen gibt es einfach zu viele - endlich, dass wir in einer höchst gefährlichen Zeit leben, gefährlich in dem Sinne, dass der Islam unsere letztendlich doch sehr erfolgreiche Gesellschaftsordnung abschaffen will, die sich aus den Quellen der Renaissance, der Reformation und der Aufklärung, und dann besonders auch durch unsere Erfahrungen aus den Ursachen und Folgen des II. Weltkrieges so hervorragend entwickelt und bewährt hat. Und dass ist nun einmal nicht das Ziel einiger durchgeknallter Moslems, Funktionäre oder Imame, sondern es ist zwanghaft im Islam, in seinen Schriften nachlesbar und unverblümt angelegt. Somit ist die religiöse Wertung aller Lebensverhältnisse die Grundtendenz der Scharia.

Damit ich nicht falsch verstanden werde: Jedes Individuum, das verfolgt wird, jeder Mensch, der in Not ist, hat mein ganzes Mitgefühl. Auch ich habe mich aktiv an zahlreichen Aktionen beteiligt, um den Geflohenen ein guter Gastgeber zu sein. Aber ich bin Gastgeber und in diesem Verhältnis hat nicht nur der Gastgeber, sondern auch der Gast eine Pflicht: sich den Regeln des Gastgebers anzupassen - oder zu gehen. Und dieser Grundgedanke scheint aus den Fugen geraten zu sein.

Wir sollten verhindern, dass der Islam, d. h. dessen Interessenverbände, unter dem Vorwand einer Religion, uns hier umkrepeln. Noch nie in der Geschichte hat der Islam in einem Zielland Nutzen, Fortschritt gebracht. Stets wurde das Zielland ausgebeutet, nirgendwo hat die Machtübernahme durch den Islam Fortschritt und Freiheit gebracht. Deshalb sollten wir die seit Ende des 7. Jahrhunderts bis Ende des 18. Jahrhunderts immer wieder aufflammenden Angriffe des Islam auf Europa auch als die Blaupause für zukünftige Angriffe sehen – nur jetzt nicht mehr mit dem Schwert, sondern über den Bevölkerungsdruck, die Inanspruchnahme des Rechtsstaates der Zielländer, die offensichtlich nicht genügend gewappnet sind, sich jenseits der Terroristen mit den Grundlagen des Islam zu befassen. Daraus könnte man leichten Fußes die eigentlichen endzeitlichen

Visionen des Religionsstifters erkennen: die Beherrschung der Welt durch einen Gott. Wer daran glaubt, dass die Ereignisse dieser Welt, des eigenen Lebens sowieso vorherbestimmt sind, kann gar nicht konstruktiv im Sinne einer modernen Industriegesellschaft agieren. Immer fiel man zurück in die Welt eines betrügerischen Beduinen (zit. Ata Türk), eines mit orientalischer Phantasie begabten Gewaltmenschen aus dem 7. Jahrhundert, der es mit bewundernswerter Kraft verstanden hat, einer eigentlich kriminellen Vereinigung den Mantel der Religion überzustülpen und damit einen Schutzraum in Anspruch zu nehmen, der ihm nach den Regeln einer gesitteten Gesellschaft auch zusteht. Bin ich islamophob? Keineswegs. Ich wehre mich nur gegen jene Gesinnungsethiker, die ihr eigenes Tun und Unterlassen nicht einmal hinterfragen. Wenn der Islam es schafft, seine antidemokratischen Regeln, seinen Weltherrschaftsanspruch, seine Frauenfeindlichkeit, seinen Anspruch auf Einzigartigkeit und vor allen Dingen den Vorrang der Religion vor weltlichen, doch letztendlich auf Erfahrungen aufbauenden Gesetzen abzulegen, d.h. in aller Klarheit und Überzeugung die Trennung von Staat und Religion und den Verzicht auf Scharia und Dschihad vollzieht, können wir miteinander reden. Das könnte dann zu einem Euro – Islam führen, in dem dauerhaft, sozusagen als reformatorische Großtat, auf die Zielsetzung Dschihad und Scharia verzichtet wird. So erscheint mir jedes Gespräch, jeder noch so gut gemeinter Dialog deswegen einfach nicht möglich, weil der Islam keine verbindliche Autoritäten kennt, er mit dem Ziel, uns „Ungläubige“ in die Umma zu zwingen, die Lüge Andersgläubigen gegenüber religiös rechtfertigt und jene 4 Universitäten (i. S. von Rechtsschulen) deren Lehrmeinung anerkannt werden könnten, einerseits im Wettstreit mit einander stehen und andererseits ein Menschenbild vertreten, das dem 7. Jahrhundert der Wüste Arabiens entspricht, um möglichst gerechtfertigt viel Beute bei jenen zu machen, die nicht zur Umma gehören – notfalls, indem man sie, wiederum religiös gerechtfertigt, tötet. So einfach geht Integration aus muslimischer Sicht und Erfahrung.

Nachfolgend sei zur Klarstellung nochmals deutlich gesagt: ich bin ein überzeugter Anhänger der Religionsfreiheit. Dazu helfen mir die Einschätzungen von zwei großen Vertretern der Aufklärung:

#### 1. **Voltaire:**

*Der große europäische Aufklärer macht in einem Brief an den Preußenkönig Friedrich II. vom Dezember 1740 klar, was er von Mohammeds Islam hält.*

*„Ich gebe zu, dass wir ihn hochachten **müssten**, wenn er, als legitimer Herrscher geboren oder mit Zustimmung der Seinen an die Macht gelangt, Gesetze des Friedens erlassen hätte. Doch dass ein Kamelhändler in seinem Nest Aufruhr entfacht, dass er mit ein paar Koreischititen – Stammesmitgliedern – seine Brüder glauben machen will, dass er sich mit dem Erzengel Gabriel unterhalte; dass er sich damit brüstet, in den Himmel entrückt worden zu sein und dort einen Teil jenes unverdaulichen Buches empfangen zu haben, das bei jeder Seite den gesunden Menschenverstand erbeben lässt, dass er, um diesem Werke Respekt zu verschaffen, sein Vaterland mit Feuer und Eisen überzieht, dass er Väter erwürgt, Töchter fortschleift, dass er den Geschlagenen die freie Wahl zwischen Tod und seinem Glauben lässt: **Das ist nun mit Sicherheit etwas, das kein Mensch entschuldigen kann, es sei denn, er ist als Türke in die Welt gekommen, es sei denn, der Aberglaube hat in ihm jedes natürliche Licht erstickt.**“*

#### 2. **Friedrich II v. Preussen:**

*Er verkündete und setzte auch durch einen ganz einfachen Grundsatz „Jeder soll nach seiner Façon selig werden“. Dabei habe ich besondere Freude an dem ergänzenden Satz von ihm, wo er seine Vorstellung von Religion am Beispiel des Christentums definiert: **„Das Christentum“ – sagt er - „ist ein alter metaphysischer Roman, voll von Wundern, Widersprüchen und Absurditäten, geboren aus der glühenden Einbildungskraft der Orientalen, der sich auf unser Europa übertragen hat. Enthusiasten haben ihn gepredigt, Ehrgeizige haben vorgegeben, davon überzeugt zu sein. Dumme haben ihn geglaubt.“** (Friedrich II, König von Preußen zit. nach Christopher Clark in „Preußen – Aufstieg und Niedergang 1600 -1947, Seiten 224).*

Auch bin ich sehr zögerlich, die Vorgaben des Christentums zu den meinen zu machen: das Neue Testament ist

für mich eine lohnende Zusammenfassung von Welterfahrungen vorangegangener Generationen, aufgeschrieben von eifrigen Bibelreportern. Die Verheißungen von ewigem Leben und Wiederauferstehung hatten für mich schon als Konfirmand keinen sonderlichen Reiz, denn schon damals erklärte ich meinem Pfarrer, Pastor Daum, Schüler des Pianisten Edwin Fischer, Kirche sei doch nur gut zur Beherrschung von Menschen, denn an das, was er uns beibrächte, könne man doch nicht glauben!

Ich werde deswegen die Glaubenspraktiken und – inhalte anderer Religionen nicht kommentieren oder gar bewerten. Wenn sich aber Angehörige von Glaubensrichtungen zu einer politischen Gruppe mit dem Ziel zusammenschließen, ihre religiösen Ziele auf politischem Wege und damit die Regeln der Gesellschaft umzusetzen, dann fühle ich mich berechtigt, dagegen zu protestieren und wehre mich gegen jene Religionen, wenn sie mein Leben beeinflussen wollen. Konkret ist der Verdacht berechtigt, dass der Islam die Veränderung meiner Gesellschaft gegen meinen Willen anstrebt und deswegen ist Widerstand gegen eine solche Praxis keineswegs Islamfeindlichkeit, Rassismus oder Islamophobie, sondern ganz einfach die Wahrnehmung meiner staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Ich kritisiere nicht den Islam, sondern nur die Folgen für Außenstehende, d.h. im Sinne des Islam für die Ungläubigen, die man nach den Regeln des Islam (Koran, Hadithen und der Sira) betrügen, hintergehen, ausbeuten, versklaven, verletzen, einsperren, vergewaltigen und sogar ungestraft töten darf. Solange eine Religion solche Welteinteilung und Praktiken gegenüber Andersgläubiges legitimiert, ja geradezu anstachelt, es auch zu tun wie die zahllosen Terroristen fast alltäglich beweisen, solange fühle ich mich berechtigt, dagegen anzugehen. Ich übe deswegen keine Kritik an den Religionsinhalten, sondern an den Folgen für Außenstehende. **Bundespräsident Steinmeier ruft dazu auf, Mut zu haben. Folgen wir ihm doch in diesem Aufruf.**

Vor dem Hintergrund der nicht aufgebaren Ziele des Islam, besonders aktuell wieder einmal dokumentiert in der Zielsetzung des islamischen UN Staaten und meinen örtlichen Erfahrungen im Umgang mit Flüchtlingen, schlage ich ganz persönlich vor, über folgende Themen intensiv nachzudenken – und ich glaube auch, wir haben die Kultur über Gespräche und Vorträge nachzudenken, um es dann auch weiter zu geben in den Bereich, wo wir beruflich tätig sind.

Zunächst empfehle ich einen Paradigmenwechsel in der Definition von Integration. Dieser Wechsel der bislang üblichen Definition birgt sicher genügend Stoff für eine Kontroverse größten Ausmaßes. Und dennoch:

Er könnte folgende Richtungen haben:

- Integration ist die Erwartung an diejenigen, die zu uns kommen und nicht ein Anspruch an die Aufnahmeländer oder gar deren Pflicht zum Lebensunterhalt der Zugewanderten um jeden Preis.
- Integration gelingt derzeit nur über die Förderung des Individuums (Abdel – Samad). Der organisierte Islam hat sich nicht als hilfreich erwiesen. Sein Einfluss ist zu kontrollieren und notfalls mit Sanktionen zu behaften
- Ethnoreligiöse Interessenverbände und ein konservatives, patriarchalisches Familienbild führen zu Parallelgesellschaften und stehen der Integration, besonders der Mädchen und Frauen zunehmend entgegen. Die Verbände sind zu zwingen, sich den Regeln unserer Gesellschaft und des Staates anzupassen, sonst zu verbieten bzw. des Landes zu verweisen
- Imame, d.h. Prediger des Islam, dürfen nicht im Dienste eines ausländischen Staates stehen, d. h. aus dem Ausland finanziert, geführt und kontrolliert werden,
- Die Präsenz des Staates und die Achtung vor seinen Institutionen sind strikt durchzusetzen, seine Missachtung mit fühlbaren Strafen zu belegen. (Verhalten gegenüber Polizisten, Lehrern, Richtern, Beamten etc., alles m/w)

Das ist für Viele „starker Toback“, der besonders von jenen geraucht wird, die intensive Erfahrungen mit dem Verhalten der Zuwanderer haben wie Polizisten, Anwälte, Richter, Lehrer, Beamte der einschlägigen Behörden, Ärzte. Aber diese Erfahrungen auch politikwirksam umzusetzen, liegt nicht jedem –aus Angst um die eigene Karriere oder die Verschwiegenheitspflicht. So funktioniert Staat eben, wenn politisch bestimmte Themen umgesetzt werden sollen. Das heißt, der Chor der Kennnisreichen singt sehr dissonant z.T. bewusst, z. T. aus Unvermögen, etliche aber auch in der Tonlage, die die Noten abbilden! Nur sie werden leider oft übertönt. Warum?

Bei den Betroffenen muss man sehr zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethikern mit sehr unterschiedlichen Moralens differenzieren, die eigentlich unvereinbar erscheinen. Vermutlich ist deren Auseinandersetzung auch „unaustragbar“, wie Max Weber sagt. Gewiss sind die Gesinnungsethiker derzeit beim Thema Flüchtlinge und deren Integration lauter, eifriger, vielstimmiger, aber sie können ja „ ohne Sachkenntnisse munter darauf los moralisieren, um dann zu einer politisch rationalen, wenn auch wirkungslosen Entscheidung zu gelangen. Hingegen sind Verantwortungsethiker leiser, weil sie ökonomischen Sachverstand haben müssen, um zu beurteilen, wie die Maschinerie auf die Stellschrauben reagiert“. (nach Prof. H.W. Sinn FAZ v. 15.12.2015) In diesem Sinn kann man z.B. auch munter die Anerkennung von Wirtschaftsflüchtlingen als politische Flüchtlinge fordern und dabei nicht berücksichtigen, dass man durch eine einfache Prüfung, wieviel Menschen es auf der Welt gibt, denen es hier in Europa und besonders in Deutschland als Arbeitslose besser gehen würde als in ihren Heimatländern bei voller Arbeit, zu dem Schluss kommen, dass bis zu 80% aller Menschen dieser Welt derzeit ein Anrecht hätten, aus wirtschaftlichen Gründen zu uns zu kommen. Rechnen hilft gelegentlich!

Nun etwas konkreter:

1. Bei allen gesetzgeberischen Maßnahmen ist der offensichtlich unauflöslich erscheinende **Konflikt** des Islam mit unserer Europäischen Kultur und die damit zusammenhängenden Gewaltpotentiale ebenso zu berücksichtigen wie es alle Bemühungen auf beiden Seiten sind, das Konfliktpotential dialogisch und in der Praxis langfristig zu reduzieren.
2. Von den hier lebenden Muslimen ist zu fordern: Anerkennung unserer Rechtsordnung **und** Verzicht auf jegliche Bestimmung der Scharia hier für unser Land (Familienrecht, Schächtung, Friedensrichter etc.). Wir müssen die Zielsetzungen des politischen Islam kennen und wir müssen auch die Kenntnisse und den Mut haben, uns verteidigen zu können: die derzeitig praktizierte Lebensform der Muslime ist nicht unsere Kultur, das ist nicht hier in Europa unsere Gesetzgebung, das ist nicht unser Rechtsstaat. Und da gibt es keine Ausnahmen für Vereine oder religiöse Gruppen. Es kann nicht sein, dass wir aus Rücksicht vor religiösen Speisevorschriften gewisse Gerichte in Schul – oder Betriebskantinen nicht mehr anbieten, es kann nicht sein, dass Arbeitszeiten oder Arbeitsplätze durch den Anspruch auf religiöse Vorstellungen oder Handlungen geändert oder angepasst werden müssen. Das große Dilemma ist zwar, dass der Dschihad und die Scharia in Europa nichts zu suchen haben, also der Weg zur Integration hier nur über eine erkennbar durchschlagende Reform des Islam zu einem Euro – Islam führt, (Bassam Tibi), was allerdings auch bedeuten würde, dem Islam einen Teil seiner derzeit praktizierten Quellen, seiner Identität zu nehmen. Aber wer sich entschließt, dauerhaft in einem fremden Land zu leben, hat die dortige Zivilisation, Kultur und Rechtsordnung anzuerkennen.
3. **Nachweislich verbreiten sich die fundamentalistischen Haltungen in vielen der 3000 Moscheen in Deutschland.** Die dort tätigen Imame dürfen in Deutschland, das ist mein Vorschlag, nur predigen, wenn sie in Deutschland ausgebildet sind, deutsch sprechen können und aus Deutschland heraus bezahlt werden. Sie dürfen nicht im Dienste eines dritten Staates stehen.
4. Und dann ein radikal erscheinender Vorschlag an die Politik: Jeder, der Hass auf die „Ungläubigen“, also die Nichtmuslime, predigt oder fordert, wird sofort mit dauerhaftem Berufsverbot belegt und des Landes verwiesen, und, sofern er der deutschen Jurisdiktion unterliegt, vor Gericht gestellt.
5. Wer junge Menschen radikalisiert, kann auch junge Menschen de - radikalisieren. Folglich sind die Imame der Moscheen verstärkt zur Verantwortung zu ziehen, aus denen die Islamisten kommen.
6. Die religiös verschleierte Aufforderung der Moslems – in welcher Organisationsstruktur auch immer - unsere Gesellschaft– und Rechtsordnung zu einem von der Scharia oder nur Teilen davon und dem Dschihad beherrschten Gemeinwesen muslimischer Dominanz zu verändern, **wird ebenso wie die Verherrlichung und Verbreitung nationalsozialistischen Gedankengutes als Volksverhetzung verfolgt.** (§130 StGB) Hätte man das bei uns mit den 1929 aufkommenden Nazi - Horden gemacht, wäre uns vielleicht Vieles erspart geblieben.

Also: Welche **Maßnahmen könnte man empfehlen, andenken, um die Integration zu fördern und sie den tatsächlichen Möglichkeiten in unserem Land anzupassen?**

**Umsetzbar wäre z. B. schnell:**

1. Alle, die in unser Land kommen wollen, sind, beginnend an der Grenze, **kategorisch zu kontrollieren**. Es kann nicht sein, dass Verbrecherbanden die No - Future Generation aus islamischen und sonstigen Ländern und Städten nach Deutschland schleusen. (Zitat Bassam Tibi) und wir die Kontrolle über diese oft eingeschleusten Zugewanderten verlieren.
2. Bei **fehlenden Papieren** z.B. bei Jugendlichen: Altersfeststellung über mediz. Indikation, sonst prinzipiell Abweisung. „Sie haben alle fehlende Papier, aber alle ein modernes Handy“ (zit. eines Grenzbeamten).
3. **Reduzierung** der anzuerkennenden Fluchtgründe und Fluchtgebiete.
4. **Beschwerde** gegen behördliche und gerichtliche Entscheidungen nur noch einstufig zulässig.
5. **Zuwanderung** nach Deutschland kann in den Ursprungsländern organisiert werden. Die Bedingungen sind so zu formulieren, dass die Aussicht besteht, dass der Kandidat uns zum Nutzen gereicht und nicht per Lebenssaldo den Sozialstaat überlastet.
6. **Wohnortvorgabe** bis zur endgültigen Anerkennung, sonst Abschiebung,
7. **Strengste Auslese des Nachzugs** (Beispiel aus den 70er Jahren: nach dem Anwerbestopp für Gastarbeiter 1974 verließen 25 % der Griechen, Spanier und Jugoslawen Deutschland. Durch eine übersehene Bestimmung im entsprechenden Ausländergesetz vermehrte sich die Zahl der Türken aber bis 1980 mit Hilfe der damals blauäugig zugelassenen Familienzusammenführung um 42% auf 1,5 Mio., denn von Sozialtransferleistungen ließ es sich schon damals in Deutschland besser leben als in der Türkei bei voller Arbeit, die für Rückkehrer besonders rar war. Nekla Keleck warnt ganz dringend vor einem großzügigen Familiennachzug, weil wir das in den islamischen Familienstrukturen nicht überblicken und beherrschen können. Das bedeutet praktisch: den Familiennachzug extrem einschränken und sich nicht den deutschen Gesinnungsethikern und islamischen Interessensverbänden beugen.
8. **Kürzung der Unterstützungen** bei Fehlverhalten oder Fehlleistungen.( z. B. bei Abbruch von Ausbildungen oder Integrationskursen) Da ist die Bundesregierung auf einem guten Wege, soweit ich weiß
9. **Sprachausbildung** von der KITA bis zu den eingewanderten erwachsenen Analphabeten. Wer als Kind nichts in der Schule gelernt hat, wer als Erwachsener sich nicht in der Sprache des Gastlandes verständlich machen kann, wird keine Arbeit finden, insbesondere in einer fremden Kultur, denn die einfachen Arbeiten sind bei uns praktisch ausgestorben.
10. Die Zahl säkularer Moslems ist höher als bislang vermutet, sie liegt bei 50%, wenn man das am Moscheebesuch festmacht. Es muss deutlich werden, dass es bei uns **säkularen Moslems besser geht als religiösen Moslems**.  
Deswegen sollten wir säkulare Muslime in jeglicher Form hier in Deutschland unterstützen, besonders Prominente wie Tibi, Abdel - Samad, Necla Keleck, Sabatina Jones, Inci Y., Abdel-Hakim Ourghi, Seyran Ates, - es sind Intellektuelle, die von islamischen Staaten und hier lebenden Moslems gnadenlos verfolgt werden, viele Frauen, die großartig berichten über das, was ihnen passiert ist. Sie stehen unter polizeilichem Personenschutz angesichts der gegen sie wegen Apostasie (Abfall vom muslimischen Glauben) ausgesprochenen Morddrohungen von religiösen Instanzen oder Islamisten, auch hier in Deutschland.
11. Schnell **Arbeitserlaubnisse** erteilen,
12. **Reduzierung der Sozialleistungen**, wenn Arbeit nicht angenommen wird – wie nach deutschem Recht durchaus möglich
13. **Kontrolle der Imame** und der Moscheevereine
14. **Frauenförderung**, besonders Gewaltprävention in den Familien,
15. **Hilfen organisieren**, Schul – und Lehrabschlüsse zu erhalten,
16. **Abschiebungen** ins Heimatland, wenn Bildungs- und Ausbildungsangebote nicht angenommen oder vorzeitig abgebrochen werden, was derzeit in Baden Württemberg und Bayern bei 85% der zugewanderten Jugendlichen der Fall sein soll. (IHK/DIHT)

17. Die **Forderungen der Islamverbände** oder von Individuen zur Einführung des **islamischen Rechts (Scharia)**, der islamischen Lebensform in Deutschland und die Handlungen von Verbänden gegen unser Grundgesetz sind genauso strafbehaftet, wie die Leugnung des Holocaust und die Verbreitung von nationalsozialistischem Gedankengut und Symbolen.

Alle diese Vorschläge stehen immer unter dem Vorbehalt, dass wir den internationalen Verpflichtungen gegenüber Verfolgten und Flüchtlingen – sofern die Zuwanderer welche sind – auch nachkommen. (Konventionsverpflichtungen jeglicher Art) und wir eisern nach unseren rechtsstaatlichen Prinzipien handeln, auch wenn das Lösungsorientierten oft lähmend kompliziert und langwierig erscheint)

#### **Schluss:**

Bei allem Eifer und Stolz, bei einer Jahrhunderaufgabe wie der Zuwanderungskrise ab 2015 dabei gewesen zu sein und dazu noch überaus menschliche Aufgaben erfüllt zu haben, sollten wir uns nicht zu Spielbällen einer großangelegten Strategie des Islam machen. Ja, ich begrüße alle Gäste in meinem Haus, aber ich sage auch: Ihr könnt gerne bei mir wohnen, weil Ihr in Not seid, aber das zu meinen Konditionen. Und wenn die Gäste damit nicht einverstanden sind, dann zitiere ich den australischen Ministerpräsidenten: „Wir sind ein freies Volk. Ihr seid frei gekommen. Ihr könnt auch frei wieder gehen.“ Und dazu gehört, dass die Moslems, die bei uns auf Dauer leben wollen, zunächst einmal fünf Dinge anerkennen sollten:

- die Trennung von Staat in jeglicher Form und Islam in seiner derzeitigen Form
- die Gleichberechtigung von Mann und Frau
- Religion ist Privatsache des Einzelnen und der Wechsel von Religion bleibt straflos. Auch keiner Religion anzugehören ist ein Ausdruck von Religionsfreiheit.
- auf jegliche Einführung von Scharia und Dschihad in unser Land wird verzichtet.
- Das staatliche Gewaltmonopol wird anerkannt und jegliches Schariadenken dem untergeordnet

Wenn die Muslime, vor allen Dingen die Funktionäre der Interessenverbände, die Rechtsschulen und zuständigen Universitäten aus dem islamischen Raum, aber auch die Regierungen der ca. 57 islamisch dominierten Länder großflächig und erkennbar ihren Missionsdruck aufgeben und die Regeln unseres Staates und unserer Gesellschaft anerkennen würden, wären wir auf einem guten Weg zur Integration und es stiege die Bereitschaft, sie als Mitbürger zu akzeptieren.

Dann werden wir

1. einerseits jene achten, die eine gewaltlose, islambasierte Spiritualität pflegen (also das Individuum „gläubiger, liberaler Moslem in einem liberalen Staat“)
2. andererseits den gewalttätigen, totalitär religiös begründeten Herrschaftsanspruch des Islam nicht „schön reden“ und dessen Vertretern mit allen Mitteln begegnen.

Wir sollten also eine Kultur pflegen, die sich kritisch mit dem Islam und seinen Folgen für unsere Gesellschaft auseinandersetzt. Das wäre unser Part im Integrationsprozess dieser uns bislang so fremden Kultur. Dazu gehört, wie bei jedem seriösen und kultivierten Dialog, Kenntnisse der eigenen Quellen – ich kann nicht über das Christentum urteilen, wenn ich die Quellen und den Gang des Christentum nicht kenne und die des „Gegenüber“ nicht parat haben. Es sollte uns auszeichnen, dass wir hier in Europa vor dem Hintergrund einer sich durchaus sehen lassenden Kultur auch eine Diskussionskultur pflegen, die man als **behutsam, respektvoll und imponierfrei** bezeichnen darf.

Zum Schluss die Empfehlung des ehem. Bundestagspräsidenten Dr. Norbert Lammert: (etwas abgewandelt von seiner Bemerkung zur Globalisierung)

**„Bei der Auseinandersetzung mit dem Islam in Europa verhält es sich so wie mit der Schwerkraft in der Physik: Man muss sie nicht mögen, aber es ist ratsam, sich auf sie einzustellen.“**

**Ich danke Ihnen, dass Sie bis hier durchgehalten haben. Für Rückfragen stehe ich unter [pwschulenburg@t-online.de](mailto:pwschulenburg@t-online.de) zur Verfügung und freue mich über jede Resonanz, denn im Gegensatz zum Islam bin ich nicht im Besitz der allein selig machenden Wahrheit**